



Brief an MP Dreyer: Die Polizei der politischen Aufmerksamkeit empfohlen

Aus Anlass der von der Landesregierung ausgerufenen Woche der Demografie hat sich die GdP an Ministerpräsidentin Malu Dreyer gewandt. Der Brief geriet zu einer umfassenden Beschreibung von Handlungsfeldern der Zukunftssicherung, was die Redaktion DP dazu bewegte, ihn hier komplett abzudrucken:

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,

mit der Woche der Demografie macht die Landesregierung darauf aufmerksam, dass auch bei uns im Land die Menschen älter, weniger und vielfältiger werden. Vielen Dank dafür. Diese Entwicklung verdient unser aller Aufmerksamkeit, weil sie unser heutiges Handeln und die Weichenstellungen für die Zukunft unbedingt beeinflussen muss.

In dem Zusammenhang empfehlen wir Ihnen Ihre rheinland-pfälzische Polizei, einem unverzichtbaren und wichtig bleibenden Teil der staatlichen Daseinsvorsorge, der politischen Aufmerksamkeit.

Die Polizei ist dabei, ihre Aufgabewahrnehmung auf eine älter werdende Gesellschaft einzustellen. Ältere Menschen entwickeln beispielsweise eine empfindlichere Sensorik, wenn es um das subjektive Empfinden von Sicherheit geht. Dem müssen wir mit anderen Präsenzkonzepten Rechnung tragen. Das Handlungsfeld ist riesig und es wäre wohl opportun, mit wissenschaftli-

cher Hilfe und Methodik an dieses Thema heranzugehen, um ein klares Bild von den Herausforderungen der Zukunft zu erhalten.

Lassen Sie uns nur ein Thema herausgreifen: Wir sind der Überzeugung, dass wir – ähnlich wie im Rettungswesen – für die Hilfeleistung durch die Polizei eine „Einsatzgrundzeit“, also eine Zeitspanne bis zum Eintreffen der ersten Streife an einem Einsatzort, definieren müssen.

Neben den dringend erforderlichen Überlegungen zur Aufgabenstruktur und Aufgabewahrnehmung ist die Polizei selbst – also der Personalkörper der Polizei – in einem demografischen Wandel befindlich. Eine Polizei mit einem Altersdurchschnitt von um die oder über 50 Lebensjahren erfordert neue Überlegungen an vielen Stellen. So sind wir bereits dabei, neue Wege zu beschreiben, auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft noch erfolgreich um junge Menschen für den Polizeiberuf zu werben.

Es ist unverzichtbar, die Polizei als guten Arbeitgeber mit einem hochinteressanten und angemessen wertgeschätzten Aufgabefeld am Markt zu platzieren.

Das fängt nach unserer festen Überzeugung bei guten Arbeitsbedingungen für die im Dienst befindlichen Kolleginnen und Kollegen an, denn sie sind in erster Linie die Werbeträger für den Arbeitgeber Polizei. Sie senden entweder die Botschaft von einem attraktiven Ar-



beitsplatz für ein erfülltes Erwerbsleben oder beschreiben eine „Mühle“, in der Polizistinnen und Polizisten über viele Jahre zerrieben und dann berufsbedingt erkrankt in einen viel zu kurzen Ruhestand entlassen werden.

Es gibt zu diesem Thema aktuellen Handlungsbedarf, der zum Teil von den Beschlüssen des „Runden Tisches Polizei“ abgedeckt wird, beispielsweise durch die (noch ausbauwürdige) Erhöhung der Einstellungszahlen.

Die demografische Struktur der Polizei bedingt, dass Kolleginnen und Kollegen bis zum Erreichen der gesetzlichen Lebensarbeitszeitgrenze in sehr anspruchsvollen operativen Bereichen der Polizei arbeiten müssen. Beispielsweise im Wechselschichtdienst, der rund um die Uhr für die Menschen da ist.

Fortsetzung auf Seite 2



**Die GdP wünscht schöne Feiertage und ein gutes neues Jahr.
Bleibt gesund und passt auf Euch auf.**



Fortsetzung von Seite 1

Diese Kolleginnen und Kollegen überziehen wir – überzieht ihr Arbeitgeber Land Rheinland-Pfalz – mit einem System von Beurteilungen und Beförderungen, das Dr. Alexander Jatzko vom Westpfalz-Klinikum in Kaiserslautern so beschreibt: „Wenn jemand die Absicht hätte, die Menschen gezielt krank zu machen, dann würde er es genauso machen, wie Sie es in der Polizei tun“.

Anders ausgedrückt: Wir produzieren Jahr für Jahr in einem Ausmaß Vergeblichkeitserfahrungen, Frust und Zwie tracht, das für die Organisation Polizei und ihre Aufgabenwahrnehmung sehr problematisch ist.

Die Lösungen liegen auf der Hand und werden seit Jahren von uns propagiert:

Regelbeförderungen nach A 10 und A 11 für alle, die ihre Arbeit ordentlich erledigen.

Als baldige Beförderung nach A 12 und A 13 nach Übernahme von Fach- oder Führungsfunktionen, die entsprechend bewertet sind, wie es im Übrigen

in allen anderen Bereichen der Inneren Verwaltung selbstverständlich und üblich ist.

Für den Kernbereich der Polizei – den Wechselschichtdienst – besteht darüber hinaus dringender Handlungsbedarf, die bestehende „**Gratifikationskrise**“ aufzulösen. Seit vielen Jahren wird angekündigt, die Regelungen über die Erschwerniszulagen nach der Föderalisierung dieses Rechtsgebietes neu zu ordnen. Die Möglichkeit dies zu tun besteht seit 2007 und nichts ist geschehen.

Die für den Dienst zu ungünstigen Zeiten gezahlten Zulagen – in der Spitze an Wochenendnächten 1,28 Euro die Stunde – sind seit fast einem Vierteljahrhundert nicht angepasst worden.

Kein Wunder, dass die Kolleginnen und Kollegen des Wechselschichtdienstes sich abgehängt fühlen und ein der schwierigen Aufgabe vollkommen widersprechenden Selbstverständnis entwickeln. Es gibt dringenden Handlungsbedarf.

Im Zusammenhang mit der allgemeinen Ausdehnung der Lebensarbeitszeit empfehlen wir Ihnen die Polizei und vor allem den Wechselschichtdienst als ein Handlungsfeld für das Thema „**Alters- und altersgerechte Arbeit**“. Beispielsweise sind wir der Überzeugung, dass zur Zukunftssicherung des Wechselschichtdienstes eine Verkürzung der Arbeitszeit oder – besser ausgedrückt – eine **Gewährleistung der erforderlichen Erholungsphasen** dringend erforderlich ist.

Intelligente Modelle sind erforderlich. Beispielsweise könnte man im Einstieg für lebensältere Kolleginnen und Kollegen **Nachtarbeitsstunden zeitlich faktorisieren**. Diese Methode würde im Wechselschichtdienst die richtigen Anreize setzen und gleichzeitig die zu erbringenden „Ergänzungsdienste“ reduzieren, wodurch wiederum die erforderliche Erholungsphase nach dem letzten Nachtdienst eines Schichtumlaufs gewährleistet würde.



Trafen sich für zwei Tage in Brodenbach zum Auftakt-Workshop für das GdP-Programm „Polizei 2026“: Fachleute aus der rheinland-pfälzischen Polizei und GdP-Vertreter.

Mit dem **Behördlichen Gesundheitsmanagement (BGM)** wurde bereits ein wichtiger Baustein für die Zukunftsfähigkeit einer älter werdenden Polizei implementiert. Es darf aber nicht auf die Verhaltensprävention beschränkt sein, also lediglich den Versuch unternehmen, die Resilienz der Beschäftigten positiv zu beeinflussen. Wir brauchen auch die finanzierten Möglichkeiten, gewonnene Erkenntnisse zur **Verhältnisprävention**, also der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, umzusetzen. Nicht zuletzt ist davon auch der gute Ruf des BGM und die Bereitschaft der Beschäftigten, sich einzubringen, abhängig.


Sehr geehrte Frau Dreyer,

ich hoffe, wir konnten ein wenig dazu beitragen, Ihre Polizei Ihrer Aufmerksamkeit anzuempfehlen und würden uns sehr freuen, wenn Sie unsere Anliegen unterstützen würden. Die aktuellen Haushaltsdebatten bieten eine Chance.

Wir selbst sind aktuell dabei, uns mit dem **GdP-Programm „Polizei 2026“** besser auf die Zukunft vorzubereiten. Mit ein wenig Stolz können wir darauf zurückblicken, dass das aktuelle Programm „Polizei 2014“, das wir bei unserem Delegiertentag im Jahre 2002 verabschiedet haben, zahlreiche wichtige Impulse gesetzt hat und an vielen Stellen heute mit der polizeilichen Wirklichkeit übereinstimmt.

Es geht also: Man kann sich auf die Zukunft ein wenig vorbereiten und sie mitgestalten.

**Mit freundlichen Grüßen
Ernst Scharbach**

 **DEUTSCHE POLIZEI**
Ausgabe: **Landesbezirk Rheinland-Pfalz**

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: www.gdp-rp.de
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Bernd Becker (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
E-Mail: bernd.becker@gdp-rp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35 vom 1. Januar 2013
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470



POLITISCHE GESPRÄCHE: HAUSHALT UND MEHR

Das Parlament verwaltet nur noch



V. l.: Christoph Hanschke, Wolfgang Schwarz MdL, Michael Hüttner MdL, Ernst Scharbach, Heinz Werner Gabler Foto: GdP

Verständnis: Ja – Geld: NEIN

Am Rande der Plenarsitzung trafen sich Vertreter des AK-Innen der SPD-Fraktion mit GdP-Vertretern.

Für die Forderungen zum Doppelhaushalt zeigten die Abgeordneten zwar Verständnis, es sei aber nichts davon umsetzbar. „Schuldenbremse“ lautet die Universalbegründung und es wird darauf hingewiesen, dass die Beschlüsse vom „Runden Tisch Polizei“ im Haushalt hinterlegt sind.

Vorschläge prüfen

In der CDU-Fraktion fielen die GdP-Vorschläge zum Haushalt auf fruchtbaren Boden, aber auch dort ist es offenbar schwierig, sie in Realpolitik umzusetzen, denn man sieht sich vor dem Hintergrund der Schuldenbremse gezwungen, Anträge mit Finanzierungsvorschlägen zu versehen. Bernd Becker: „Es gibt Maßnahmen, die dringend erforderlich sind, beispielsweise eine Anhebung von DUZ und Erschweriszulagen“. Polizeisprecher Matthias Lammert will prüfen, ob die Fraktion Ideen der GdP im Parlament einbringen wird.



V. l.: Bernd Becker, Anke Beilstein, Matthias Lammert, Bernhard Henter, Heinz Werner Gabler Foto: CDU

Nichts was Geld kostet

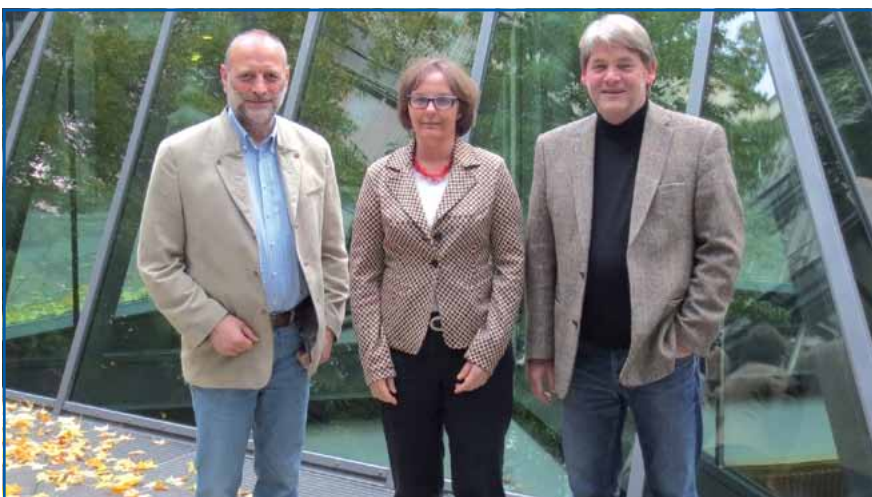
Auch die Vertreter der Grünen-Fraktion wiesen im GdP-Gespräch auf die Verbesserungen am „Runden Tisch“ hin, lehnten aber weitere Verbesserungen mit finanziellen Auswirkungen ab.

Bei der Diskussion über den Polizeibeauftragten zeigten sich die Grünen offen für mögliche Änderungen im parlamentarischen Anhörungsverfahren.

Gestalten statt verwalten

GdP-Vize Heinz Werner Gabler:
„Es ist schlimm, wenn ein Haushalt vom Parlament nur noch verwaltet wird, statt ihn zu gestalten.“

Unsere Forderungen nach Personal und Beförderungen sowie zum Sachhaushalt und zum Thema Erschweriszulagen sind berechtigt und notwendig. Dass nicht einmal unsere Vorschläge zu alters- und altersgerechter Arbeit aufgenommen werden, stimmt mehr als bedenklich. Gut, dass die GdP zusammen mit dem DGB am Runden Tisch wenigstens ‚das Allernötigste‘ erreicht hat.“



Katharina Raue MdL (B 90/Grüne) mit Ernst Scharbach (links) und Bernd Becker. Der Fraktionsvorsitzende Daniel Köbler war vor dem „Fotoshooting“ schon zum nächsten Termin entleert.



GdP IN DEN BEHÖRDEN UND EINRICHTUNGEN

Akkreditierung erfolgreich

Die sehr erfolgreiche Re-Akkreditierung unseres Fachbereichs stand im Mittelpunkt des Gespräches von Klaus-Jörg Weidmann und Axel Henrichs mit Vertretern der GdP, das als Antrittsbesuch der GdP beim neuen stellvertretenden Leiter der polizeilichen Einrichtung stattfand.

Ernst Scharbach betonte die herausragende Bedeutung, die die GdP der FH und der Landespolizeischule beimesse: „Im Fachbereich werden die Grundlagen für eine erfolgreiche und an den Interessen der gesetzestreuen Bürgerinnen und Bürgern ausgerichtet Arbeit gelegt und es ist die berufslang andauernde Aufgabe der LPS, das Wissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aktuell zu halten.“

Die GdP setzt sich intensiv für eine weitere Aufwertung des FB und der LPS ein. Wir wollen eine eigenständige Fachhochschule Polizei! An der FH müssen echte (also keine Nenn-)Professuren eingerichtet werden. Und die Bedeutung der FH/LPS muss sich auch in der Besoldungsstruktur ausdrücken.

Die Fortbildung muss verbessert werden. Das jetzige Angebot an allge-



Dr. Axel Henrichs, Ernst Scharbach, Klaus-Jörg Weidmann, Bernhard Schweitzer (v. r.) Foto: BB

meiner fachlicher Ausbildung (AFF) für alle reicht nicht aus. Der Arbeitgeber muss mehr Lehrgangsplätze bereitstellen – und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch die nötige Zeit für die Fortbildung zugestehen!

Heilfürsorge im Gespräch

GdP-Vertreter des Landesvorstands und der Bezirksgruppe BePo suchten das Gespräch mit Klaus Werz, dem Leiter der Bereitschaftspolizei.



Ernst Scharbach, Achim Recktenwald, Heinz Werner Gabler, Helmut Knerr, Dr. Stefan Brill, Klaus Werz, Markus Stöhr (v. l.) Foto: BB

An dem Gespräch nahm auch der neue Leiter des Polizeiärztlichen Dienstes, Dr. med. Stefan Brill, teil. Die GdPler informierten sich u. a. über den aktuellen Stand der Neuorganisation des Polizeiärztlichen Dienstes (PÄD). „Die Neuorganisation des PÄD steht kurz vor dem Abschluss und wird den Schlusspunkt der Optimierungsüberlegungen bei der BP darstellen,“ so DdBP Klaus Werz. Die umfangreichen Diskussionsprozesse zur

Freien Heilfürsorge in der Polizei RP und die GdP-Forderungen aus den Workshop-Ergebnissen bei der „GdP-Fachtagung GESUNDHEIT/2013“ waren weitere Ansatzpunkte für den Informationsaustausch. Ernst Scharbach formulierte dabei: „Der Erhalt des Heilfürsorge-niveaus ergänzt um polizeispezifische Versorgungsangebote und Präventionsmaßnahmen ist ein elementares Anliegen und Zielsetzung für unsere künftigen gewerkschaftlichen Aktivitäten“. Nach Abschluss der Prüfungen/Betrachtungen des Landesrechnungshofes und seiner Berichtsvorlage will man die Gespräche fortführen.

KURZ & KNACKIG

Bestandsdatenauskunft: Nicht in Rheinland-Pfalz

Die Regierungskoalition im Landtag hat in diesem Herbst eine Novellierung des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes in den Landtag eingebracht; u. a. soll die Maßnahmendauer für die Quellen-TKÜ von drei auf zwei Monate gekürzt werden.

Was aber – obwohl vom Bundesverfassungsgericht angemahnt – fehlte, war eine normenklare Regelung für die Bestandsdatenauskunft zur Rettung von Menschenleben und zur Abwehr von Gemeingefahren.

Das POG weist seit 1. 7. 2013 eine gewollte Regelungslücke auf. Der Gesetzgeber scheint nicht zu wollen, dass die Polizei Suizidanten rettet oder „Schoolshootings“ verhindert. Denn in solchen Fällen geht es darum, dass wir anhand von Telefonnummern oder IP-Adressen anonyme Ankündiger identifizieren können.

Ein sehr ernstes Problem

In der Anhörung des Innenausschusses redete Bernd Becker, im Vorstand für Rechtspolitik zuständig, den Parlamentariern ins Gewissen.

Der Abgeordnete Michael Hüttner (SPD) bedankte sich für die GdP-Hinweise und kündigte an, zügig die Lücke schließen zu wollen. Das POG müsse ohnehin im Frühjahr noch einmal aufgerufen werden.

Im Nachgang wurde der Auftritt Beckers im Innenausschuss von verantwortlicher Seite kritisiert. Becker hatte – ausdrücklich als Sarkasmus angekündigt – geäußert, man müsse sich keine Sorgen machen, denn Suizidanten könnten ja auch die Bahn-gleise für ihren Freitod wählen. Dann sei die Bundespolizei zuständig, die eine normenklare Eingriffsermächtigung habe. Bei drohenden Amokläufen finde sich auch sicher ein Staatsanwalt, der den Anfangsverdacht einer Straftat erkenne. Dann könne die Maßnahme auf die Strafprozessordnung gestützt werden. Schließlich hatte er von einem „Armutszeugnis“ für den Landesgesetzgeber gesprochen.

Der BDK war nicht erschienen und die DPoIG hatte zur Bestandsdatenauskunft keine Meinung.

HK



SEMINARE

Wir bilden Persönlichkeiten für die Vertretungsarbeit und haben Spaß dabei

In einer ganzen Reihe von Seminaren betreibt die GdP in diesem Herbst wieder Fortbildungs- und Seminararbeit. Einige Eindrücke:



Gemeinsam fit

Zum vierten Mal bot die GdP unter Betreuung von Margarethe Relet ein viertägiges Bewegungs- und Entspannungsprogramm, organisiert mit dem Präventionsveranstalter AKON, an. In Orscholz an der Saarschleife standen in diesem Jahr Nordic Walking und Qi Gong auf dem Plan. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer – auf dem Foto mit Trainer Patrick Bungert (vierter von rechts), dessen Eltern beide bei der Polizei beschäftigt sind – bestärkten nach den vier bewegungsreichen Tagen, dass sportliche Unternehmungen in der Gruppe Spaß machen und das gemütliche Zusammensein an den Abenden den Arbeitsstress für eine Zeit mal in den Hintergrund rücken lässt.



Tarifseminar

„Tarifgerechte Eingruppierung – Grundlage für korrekte Bezahlung“ hieß der Titel des Seminars im Oktober in Brodenbach. Die Grundsätze der Tarifautomatik, Aufbau und Systematik der Entgeltordnung sowie Sinn und Zweck



von Stellenbeschreibungen wurden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern nahe gebracht. Es handelte sich um eine wissbegierige Gruppe, die sich interessiert mit den Fachthemen auseinandersetzte und das Seminar mit viel Humor spickte. Das hat dem Referententeam Hermann Schindwein und Margarethe Relet viel Spaß gemacht.

Personalratsseminar Tarif

Ein Aufbauseminar für Beschäftigtenvertreter und -vertreterinnen und Vorstandsmitglieder führten Hermann und Margarethe in Boppard durch. Insbesondere die Mitbestimmungstatbestände bei Versetzung, Abordnung, Teilzeitbeschäftigung oder Erteilung von Abmahnungen wurden erklärt und diskutiert. In Arbeitsgruppen konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Fallspielen ihre Kenntnisse vertiefen und sich austauschen.

In den Rückmeldungen wurde insbesondere dieser Teil der eigenen Mit-



arbeit als sehr lehrreich beschrieben. Erfreulich ist festzustellen, dass es „Nachwuchs“ für die Personalratsarbeit gibt, der sich richtig gut einbringt.

Personalratsseminar Vorstand

In einer weiteren GdP-Schulung wurden Kolleginnen und Kollegen aus verschiedenen Personalratsvorständen für die Alltagsarbeit fit gemacht. Roland Grenner, Ingo Schütte und Helmut Knerr informierten in Lehrgesprächen die Vorständler zu den Themenbereichen: Überblick zum Personalvertretungsrecht RP, Grundsätze der vertrauensvollen Zusammenarbeit – Dienststelle, Personalrat und Gewerkschaften, Aufgaben und Betätigungsfelder für Vorstände, Organisation der Personalratsarbeit und Sitzungen, Beteiligungsformen und Verfahrensvorschriften zum Einigungsverfahren.



Grundlegende Themen

Die November-Sitzung des HPRP war geprägt durch drei Einigungsverfahren und schwierige Entscheidungen über zukunftsrelevante Vorlagen. Unter anderen wurden diese Themen behandelt:

Teilnahme an Prüfungen

Die Personalräte im Land schaffen es nicht mehr, bei allen Prüfungen in den BA-Studiengängen präsent zu sein, obwohl dies von den Prüflingen und der FH gewünscht wird. Gemeinsam mit dem Prüfungsamt soll nach Möglichkeiten der technischen Unterstützung und der Prioritätensetzung gesucht werden.

VISIER

Die Richtlinie VISIER-neu hat die abschließende Beteiligung des Justizministeriums nahezu unverändert überstanden und wird jetzt in Kraft gesetzt.

FLIR-Operatoren

Außerhalb des Tarifprogramms „2 X 20“ können zwei Tarifbeschäftigte eingestellt werden, die Polizistinnen/Polizisten in der Funktion des FLIR-Operators (Bedienung der Wärmebildkamera im Hubschrauber) für den operativen Dienst freisetzen.

Bargeldlos warnen

Der HPRP hat der Einrichtung einer Projektgruppe zur Einführung eines elektronischen Zahlungssystems zur bargeldlosen Erhebung von Verwarnungen und Sicherheitsleistungen zugestimmt.

Evaluation der „Optimierung“

Innenminister Lewentz hat dem HPRP auf Anfrage mitgeteilt, dass mit einer abschließenden Evaluation der „Optimierung“ der Kriminalpolizei erst 2015 zu rechnen sei, da vorher keine verlässlichen Statistiken ausgewertet werden könnten.

Einsatzmanagement in Idar-Oberstein

Das ISIM teilt dem HPRP mit, dass neben dem Pilotprojekt auf PP-Ebene beim PP Mainz in Idar-Oberstein die maßvolle Zentralisierung von Notrufen

und Einsatzmanagement auf Ebene mehrerer zusammenarbeitender Polizeiinspektionen getestet werden soll.

Personalversammlung ZBS

Die Örtlichen Personalräte in den PP haben alle gleichzeitig zur Durchführung einer Personalversammlung für die Beschäftigten der Zentralen Bußgeldstelle eingeladen, um die schwerwiegenden Problemstellungen dieser Organisationseinheit zu behandeln.

Personal

Diverse Versetzungen, Stellenübertragungen sowie eine Auslandsverwendung und Hinausschiebungen des Ruhestandes fanden die Zustimmung des HPRP. Ebenso die Entscheidung von Kollegen zur „Zertifizierung Digitale Forensik“ in der Hochschule Albstadt-Sigmaringen.

Einigungsverfahren

In drei Einigungsverfahren wegen Dienstunfällen mit Kfz des PP Rhein-

pfalz hat der HPRP die Zustimmung versagt und verzichtet NICHT auf die Einrichtung einer Einigungsstelle. Der HPRP befürchtet insbesondere die Signalwirkung, die von diesen Regressnahmen für andere ausginge.

GEA Rauschgift und Zentrale Auswertedatei

Nach eingehenden Erörterungen und Fachvorträgen des Kollegen Peter Höding und der Kollegin Sigrid Nagel (beide LKA), hat der HPRP den Generalerrichtungsanordnungen für Auswerte-Anwendungen auf KRISTAL-Basis zugestimmt.

Geschwindigkeitsmessanlagen

Zu der Frage der Beschaffung von digitalen Geschwindigkeitsmessanlagen sieht der HPRP Erörterungsbedarf.

**Ernst Scharbach
Margarethe Relet**

GdP IN DEN BEHÖRDEN UND EINRICHTUNGEN

Dürre Jahre zusammen überbrücken



V. l. n. r.: PP Wolfgang Fromm, BG-Vorsitzender Gerhard Jung, Margarethe Relet, Ernst Scharbach

Der Landesvorstand, vertreten durch Ernst Scharbach und Margarethe Relet, besuchte in Begleitung des Bezirksamtsvorsitzenden Gerhard Jung und Detlef Maurer den „neuen“ Präsidenten Wolfgang Fromm im PP Koblenz.

Allgemeine Themen, aber auch spezielle Anliegen, die nur das PP Koblenz betreffen, wie z. B. der angedachte Neubau der Polizeiautobahnstation am Kob-

lenzer Kreuz wurden erörtert. Hauptsorge macht unserem Mitglied Wolfgang Fromm die angespannte Personalsituation in den kommenden Jahren. Hierzu sind Konzepte zu entwickeln, die die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger in der bisherigen Form gewährleisten, aber auch die Belastung der Beschäftigten in Grenzen hält. „Nur in enger Zusammenarbeit mit dem Personal werden wir die ‚dürren‘ Jahre überbrücken“, so Wolfgang Fromm.



Für alle Städteliebhaber

Typisch Wienerisch

ab € 69,- pro Person

2/4 Nächte Kultur und Tradition in der Walzerstadt

Anreisezeitraum:

Oktober 2013 bis Dezember 2013

Leistungen

2 x Übernachtung (tägliche Anreise) oder 4 x Übernachtung (tägliche Anreise) im Austria Trend Hotel Messe Wien ***

Unterbringung im Zimmer mit Bad oder Dusche/WC

Verpflegung: Frühstücksbuffet

1 x Wurst Ihrer Wahl (Käsekrainer, Bratwurst oder Frankfurter) mit Senf, Ketchup und Gebäck bzw. vegetarische Variante sowie 1 Getränk nach Wahl (0,3 l Fassbier, Weißweinschorle oder alkoholfreies Getränk) und 1 Packung Manner Schnitten



Christkindmarkt am Passauer Dom

ab € 89,- pro Person

2 vorweihnachtliche Nächte in Passau

Anreisezeitraum:

November 2013 bis Dezember 2013

Leistungen

2 x Übernachtung (tägliche Anreise) im Hotel Express Amedia Passau

Unterbringung im Zimmer mit Bad oder Dusche/WC

Verpflegung: Frühstücksbuffet

1 Gutschein für eine Bratwurst und 1 Haferl Glühwein auf dem Christkindmarkt

1 Tasse Trinkschokolade (auszuwählen aus 10 verschiedenen hausgemachten Schokoladen) oder 1 Tasse selbstgemachten Punsch (alkoholisch) inkl. Passauer Christkindlhaferl am Christkindmarkt



Lichterfahrt & Weihnachtsmarkt in Hamburg

ab € 105,- pro Person

2 Nächte zu Fuß und mit dem Schiff unterwegs in der Hansestadt

Anreisezeitraum:

November 2013 bis Dezember 2013

Leistungen

2 x Übernachtung (tägliche Anreise) im Hotel NH Hamburg Horn ****

Unterbringung im Zimmer mit Bad oder Dusche/WC

Verpflegung: Frühstücksbuffet

1 Heißgetränk nach Wahl inkl. Tasse am Hamburger Weihnachtsmarkt am Rathausplatz "Rentierhütte"

1 x Lichterfahrt durch die Speicherstadt und den Hamburger Hafen (Dauer ca. 1,5 Stunden) 2 x

Übernachtung (tägliche Anreise) im Hotel NH Hamburg Horn ****

Unterbringung im Zimmer mit Bad oder Dusche/WC

Verpflegung: Frühstücksbuffet

1 Heißgetränk nach Wahl inkl. Tasse am Hamburger Weihnachtsmarkt am Rathausplatz "Rentierhütte"

1 x Lichterfahrt durch die Speicherstadt und den Hamburger Hafen (Dauer ca. 1,5 Stunden)



Stadt der Gondolieri

ab € 85,- pro Person

2/4 Nächte durch die Gassen und Kanäle von Venedig

Anreisezeitraum:

November 2013 bis März 2014

Leistungen

2 x Übernachtung (tägliche Anreise) oder 4 x Übernachtung (Anreise Montag und Sonntag) im Hotel Belle Arti ***

Unterbringung im Zimmer mit Dusche/WC

Verpflegung: Frühstücksbuffet

1 x Ausflug zur Insel Murano mit dem Privatboot (nur Hinfahrt) inkl. Glasbläser-Vorführung (Dauer ca. 30 Min.)



Kulinarik in Budapest

ab € 75,- pro Person

2 Nächte City Trip an die größte Donaustadt

Anreisezeitraum:

November 2013 bis Dezember 2013

Leistungen

2 x Übernachtung (tägliche Anreise) im Leonardo Hotel Budapest ****

Unterbringung im Zimmer mit Bad oder Dusche/WC

Verpflegung: Frühstücksbuffet

1 Stück Kuchen (aus dem Tagessortiment) und 1 Tasse Kaffee, Cappuccino oder Tee

1 x 3-Gänge-Menü inkl. 1 Getränk (Bier, Wein oder Softdrink) im Restaurant Kaltenberg



Weitere Angebote auf Nachfrage. Rufen Sie einfach bei uns an!!!!



Nikolaus-Kopernikus Str. 15
55129 Mainz
Tel.: 06131 / 960 09 23
Fax: 06131 / 960 09 22
psw-reisen-rp@gdp-online.de

